



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/245 - 30. Oktober 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Selbstbestimmungsrecht für alle Völker!</u> Der 7. Kongress der Sozialistischen Internationale in Rom Von Günter Markscheffel	90
2a	<u>Doppelter Notstand</u> Zum Rücktrittsgesuch Brentanos	51
3 - 4	<u>Um eine gerechtere Wahlkreiseinteilung</u> Der vierte Bundestag hat ein Versäumnis nachzuholen	64
4	<u>Das Erste</u> Zur Spaltung der Gesamtdeutschen Partei	18
5 - 6	<u>Wasser bleibt Mangelware</u> Auf der Suche nach neuen Vorräten	68
<u>Anhang:</u>	<u>Die Sozialistische Internationale</u> <u>zur Berlin- und Deutschlandfrage</u>	47

\* \* \*  
\* \*

## Selbstbestimmungsrecht für alle Völker!

Von Günter Markscheffel

Im Rückblick auf den 7. Kongress der Sozialistischen Internationale in Rom ergibt sich zunächst eine Feststellung: die Vertreter von nahezu 70 Millionen Wählern der in der Internationale zusammenarbeitenden 43 sozialdemokratischen Parteien stellen sich auf jeden Kongress die Aufgabe, die Entwicklung und Formgebung des demokratischen Sozialismus in der ganzen Welt entsprechend der Verschiedenartigkeit jedes Landes sowohl zu analysieren wie auch durch gegenseitige Anregung ihm neue Impulse zu geben. Das setzt eine Fülle von wissenschaftlichen Forschungsarbeiten voraus, die mit der politischen Praxis der einzelnen Parteien in jedem Lande in Einklang gebracht werden müssen. Nach dem zweiten Weltkrieg hat die Sozialistische Internationale 1951 in Frankfurt a.M. eine Prinzipienklärung beschlossen, die in ihrem Kern aussagte, dass die Politik der sozialdemokratischen Parteien die Befreiung des Menschen von Not, gesellschaftlicher und politischer Unterdrückung, sowie die Sicherung des Friedens zum Ziele hat. Der Mensch wird in der Mittelpunkt alles politischen Strebens gestellt; die Sicherung der Würde des Menschen, unabhängig von seiner gesellschaftlichen oder rassischen Herkunft, das Recht auf seine Selbstbestimmung - das sind die unabdingbaren Prinzipien moderner sozialistischer Politik.

### Keine "neue" Prinzipienklärung

In der Berichterstattung über die Konferenz von Rom ist gelegentlich behauptet worden, dort solle eine n e u e Prinzipienklärung ausgearbeitet werden. Richtig ist, dass in den Vorarbeiten zum römischen Kongress angestrebt worden war, die Prinzipienklärung von 1951 unter Berücksichtigung der in den vergangenen zehn Jahren sich neu entwickelten politischen Realitäten in der ganzen Welt zu schärfen und zu e r g ä n z e n. Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass in dieser Zeitspanne zahlreiche frühere Kolonialvölker ihre Selbständigkeit gewonnen haben, dass in einigen Ländern neue sozialdemokratische Bewegungen entstanden sind und infolgedessen deren spezifische Aufgaben mit denen der alten sozialdemokratischen Parteien synchronisiert werden müssen. Bei Anerkennung der in der Prinzipienklärung von 1951 festgelegten Aufgabenstellung muss die Sozialistische Internationale weiterhin bemüht bleiben, diesen Eingliederungsprozess ohne den geringsten Versuch einer Bevormundung zu vollziehen.

Die Tatsache, dass der Kongress von Rom diesem Grundsatz dadurch entsprach, dass er die endgültige Fassung der ergänzenden Prinzipienklärung von Frankfurt noch nicht verabschiedete, ist kein Zeichen der Schwäche der Internationale, sondern der Beweis für ihre Gewissenhaftigkeit und absolute Loyalität gegenüber allen ihrer Mitgliederparteien.

### Die Freiheit ist unteilbar

Man hat in der internationalen Presse schon während des Kongresses in Rom auf Meinungsverschiedenheiten in der Berlin- und Deutschlandfrage hingewiesen. Besonders die Darlegungen des britischer

Oppositionsführers Gaitskell spielten hierbei eine nicht unwesentliche Rolle. Es handelte sich dabei um die bekannten Überlegungen, ob man die Oder-Neisse-Linie als Deutschlands Ostgrenze akzeptieren, die "DDR" offiziell anerkennen und Verhandlungen über eine regional begrenzte Abrüstungszone in Mitteleuropa den Russen anbieten sollte, um dadurch zu einer Entspannung in Europa zu gelangen und die Freiheit Westberlins zu sichern. Gewiss hatte Gaitskell nicht damit gerechnet, die Mehrheit des Kongresses für diese Auffassungen zu gewinnen. Vielmehr ergab sich, dass durch seine Anregungen und Fragestellungen eine freimütige Diskussion in Gang kam, bei der schliesslich die Berlin- und Deutschlandfrage etwas in den Hintergrund traten, das Zentralproblem - nämlich das Ost-West-Verhältnis - mit allen seinen Aspekten gründlich erörtert werden konnte.

Willy Brandt wurde zum Sprecher derjenigen, der den tiefen Friedenswillen aller Sozialdemokraten zum Ausdruck brachte, gleichzeitig aber auch am Beispiel Berlin zeigte, dass die gegenwärtige Krise nur ein Teilstück der Gesamtproblematik des Ost-West-Verhältnisses ist. Willy Brandt fand den ungeteilten Beifall des Kongresses, als er die Grenzen der Kompromissbereitschaft bei Verhandlungen über die Lösung der Berlinfrage aufzeigte. Erstens: die Anwesenheit der Alliierten in Westberlin muss garantiert sein. Zweitens: die Zugänge vom Westen nach Berlin müssen offen bleiben. Drittens: die Beziehung zwischen Westberlin und der Bundesrepublik - wirtschaftlich, rechtlich, kulturell und politisch - muss erhalten bleiben und ausgebaut werden. Bei Anerkennung dieser unabdingbaren Voraussetzungen für die Erhaltung der Freiheit Westberlins bestehen auch nach Auffassung von Willy Brandt Möglichkeiten für Verhandlungen zur Entspannung und zur Verbesserung des gegenwärtigen gefährlichen Zustandes.

Die e i n s t i m m i g angenommene Entschliessung zur Berlin- und Deutschlandfrage zeugt davon, dass die Sozialistische Internationale diese von Willy Brandt im Namen der deutschen Sozialdemokratie vorgebrachte Auffassung ohne Einschränkung anerkannte.

Wenn man bedenkt, dass jede der auf dem Kongress in Rom vertretenen Parteien eigene und oft sehr schwierige nationale Probleme lösen muss, wenn man ferner überlegt, wie unterschiedlich bei den sozialdemokratischen Parteien Asiens und Afrikas deren Beurteilung der weltpolitischen Lage ist, kann das Bekenntnis der Sozialistischen Internationale zum Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und zur Zurückweisung der kommunistischen Weltbedrohung als zuverlässige Aussage zum Standort a l l e r sozialdemokratischen Parteien gewertet werden.

Wir sagen dies nicht, weil sich diese Aussage im konkreten Falle auf Berlin und Deutschland bezieht, sondern weil sich am Berlin- und Deutschlandproblem die Dramatik des heutigen Weltgeschehens am anschaulichsten darstellt. Derzufolge ist die Entschliessung der Sozialistischen Internationale zur Berlin- und Deutschlandfrage gleichzeitig das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht a l l e r Völker, zur Freiheit und zur Würde des Menschen in der g a n z e n Welt.

(Siehe Anhang: Entschliessung zur Berlin- und Deutschlandfrage).

### Doppelter Notstand

#### Zum Rücktrittsgesuch Brentanos

sp - Unabhängig davon, ob der bisherige Bundesaußenminister Heinrich von Brentano im Amt bleibt oder nicht, ergibt sich aus dem Intermezzo seines Rücktrittsangebotes die Notwendigkeit zu einer sehr ernsten Feststellung. Die seit Wochen zwischen CDU/CSU und FDP geführten Koalitionsverhandlungen haben sich in den letzten Tagen nicht auf politische Überlegungen, sondern personelle Fragen konzentriert. Erst war es Adenauer, der verschwinden sollte, jetzt ist es Herr von Brentano, der gehen will. Die anderen Minister, die ihren Platz freimachen sollen, wollen wir in diesem Zusammenhang gar nicht erwähnen.

Es gibt jetzt einen doppelten Notstand in der deutschen Politik. Das ist einmal die völlig ungeklärte Berlin- und Deutschlandfrage, sowie die durch das Fehlen einer aktiven Bundesregierung überall sichtbar werdende Lähmung bei der Entwicklung einer westlichen Verhandlungsposition. Zum zweiten ist es die Leichtfertigkeit, mit der zwei Parteien der Bundesrepublik den Kredit des freien Teiles Deutschlands in der freien Welt zu verspielen im Begriffe sind.

Die seit Jahr und Tag gestellte Forderung der Sozialdemokratie nach einer gemeinsamen Bestandsaufnahme der heute noch vorhandenen Möglichkeiten einer wirksamen Deutschlandpolitik ist ignoriert worden. Selbstherrlich hat man erklärt, es müsse alles beim alten bleiben. In dem Bestreben, die große staatsbezogene Sozialdemokratie auszuschalten, ist man auf das Niveau der Klüngel- und sehr hintergründigen Personalpolitik herabgestiegen. Der Wähler vom 17. September wurde und wird um sein Votum betrogen. Die Bonner Politik präsentiert sich als ein undurchdringlicher Dschungel von Intrigen und hektischer Betriebsamkeit einiger Jener.

Inzwischen schießen Deutsche auf Deutsche, inzwischen stoßen sich auf deutschem Boden die russischen und amerikanischen Panzer einander gegenüber. Die freie Welt aber wartet auf eine deutsche Politik, entwickelt im gemeinsamen Bemühen aller demokratischen Kräfte und getragen von der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes.

### Um eine gerechtere Wahlkreiseinteilung

kn. - Nach den Bestimmungen des Bundeswahlgesetzes (§ 3) hat eine vom Bundespräsidenten ernannte ständige Wahlkreiskommission den Auftrag, im Laufe des ersten Jahres nach Zusammentritt des Bundestages der Bundesregierung einen Bericht mit Vorschlägen über Änderungen der Wahlkreiseinteilung zu erstatten. Ausgangspunkt für diesen Bericht hat die Veränderung der Bevölkerungszahlen im Wahlgebiet zu sein, wobei vor allem die Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise nicht mehr als  $33 \frac{1}{3}$  von Hundert nach oben und unten betragen soll. Die Bundesregierung hat den Bericht der Kommission dem Bundestag zuzuleiten.

Das Bundeswahlgesetz lässt jedoch offen, ob der Bundestag gesetzlich verpflichtet ist, den gemachten Vorschlägen der Kommission über eine auf die Bevölkerungsverchiebung neu zugeschnittene Wahlkreiseinteilung auch Gesetzeskraft zu verleihen. Jedenfalls hat der Bundestag die von der Kommission im Jahre 1958 vorgelegten Vorschläge nicht verwirklicht. In diesen Vorschlägen hatte die durch die Flüchtlingsumsiedlung innerhalb des Bundesgebietes erfolgte Bevölkerungsverchiebung ihren Niederschlag gefunden. Die Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern, aus denen die Flüchtlinge ausgesiedelt worden waren, sollten neun Mandate weniger in das Parlament entsenden. Demgegenüber sollten Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz als Flüchtlings-Aufnahmeländer neun Abgeordnete mehr in den Bundestag schicken.

Da dieser Plan nicht durchgeführt wurde, erhielten die CDU in Schleswig-Holstein (das wiederum in 14 Wahlkreise eingeteilt war statt der elf von der Kommission vorgeschlagenen) drei Überhangmandate, die nicht durch die Zweitstimmen der Landesliste abgedeckt sind. Dünn bevölkerte grossbäuerliche Wahlkreise (drei, vier und acht) erbrachten für die CDU noch drei Mandate, obgleich diese Kreise längst hätten aufgelöst sein sollen. Ähnlich verhält es sich mit einem Überhangmandat im Saarland. Auf diese Weise wurde die CDU noch gerade die stärkste Fraktion vor der SPD im Bundestag.

Die Wahlkreiskommission wird bei ihrer bevorstehenden Arbeit vermutlich noch weitere Änderungen vorschlagen, denn der Bevölkerungstrend in die Ballungsräume und Großstädte hat sich verstärkt fortgesetzt. Aufgabe des Bundestages ist es aber dieses Mal unabweislich, den Vorschlägen und dem Trend Rechnung zu tragen, um die Erzdemonen der CDU (die eher

einer kaiserlichen Wahlkreisgeometrie entsprechen denn einem chancengleichen Wahlrecht in einer modernen Massendemokratie) auszuräumen. Die bei der letzten Wahl aufgetretenen folgenden Ungereimtheiten dürfen einfach nicht mehr möglich werden:

1. Im Bundesdurchschnitt kommen auf einen Wahlkreis 150 000 Wahlberechtigte, in Schleswig-Holstein aber nur 116 000. Am 17. September benötigten die Christlichen Demokraten für ein Mandat in Schleswig-Holstein rund 44 000 Stimmen, die Sozialdemokraten aber 62 000.
2. Die Differenz zwischen dem grössten und dem kleinsten Wahlkreis beträgt ein Vielfaches der im Bundeswahlgesetz festgelegten Zwei-Drittel-Quote. In Nordrhein-Westfalen bewegt sich die Zahl der Wahlberechtigten zwischen dem kleinsten und dem grössten Wahlkreis um 179 000 Wahlberechtigte, in Niedersachsen um 162 000 und in Bayern um 146 000.
3. Im kleinsten Wahlkreis des Bundesgebietes, in Sinsheim in Baden, gab es diesmal nur 89 000 Wahlberechtigte, während der grösste Wahlkreis, Gelsenkirchen, mit mehr als dreimal soviel, nämlich 271 000 Wahlberechtigten ebenfalls nur einen Abgeordneten stellt.

+ + +

Das Ende

sp - Es kam, wie es kommen musste. Die unnatürliche Fusion zwischen dem Gesamtdeutschen Block und der Deutschen Partei ist wieder aufgehoben, beide Gruppen gehen wieder getrennte Wege. Das Ergebnis der Bundestagswahlen war für die Gesamtdeutsche Partei ohnehin ein grausamer Schlag, hochgeschraubte Erwartungen waren in nichts zerstoßen. Hinter den Kulissen gingen seitdem durch persönliche Rivalitäten bedingte Machtkämpfe vor sich, sie kamen jetzt in Hannover zum offenen Ausbruch. Im niedersächsischen Landtag sass ein Teil der GdP, die frühere Deutsche Partei, auf den Bänken der Opposition, der andere Teil, der frühere BHE, aber teilte die Freuden und Leiden einer Regierungsbeteiligung. Das Verlangen der EP, diesem ungewöhnlichen Zustand durch die Herausnahme der BHE-Minister aus dem Kabinett Kopf ein Ende zu bereiten, scheiterte am BHE; er hat keine Lust, die Regierungsbänke mit denen der Opposition zu vertauschen. Daraufhin legten die Führer der ehemaligen Deutschen Partei, soweit sie die Fusion mitgemacht hatten, ihre Ämter nieder. Ein unnatürliches Bündnis fand damit ein ruhmloses Ende. Die Gesamtdeutsche Partei mit ihrem ansehnlichen Namen geht an unaufhaltsamen Kräfteverfall zugrunde. Für die deutsche Politik ist dies kein Verlust.

+ + +

- 5 -

### Wasser bleibt Mangelware

Die Talsperren im Bundesgebiet sind zur Zeit so gefüllt wie nie zuvor in den letzten Jahren. Teilweise mußte schon Wasser abgelassen werden, da die Grenze des Fassungsvermögens erreicht war. Was der trockene Sommer 1959 an Wasserknappheit verschuldete, das haben das Jahr 1960 und das erste Halbjahr 1961 wieder gutgemacht. Trotzdem bleibt Wassermangel das Schreckgespenst der Menschen in Städten und Gemeinden, der Industrie und der Landwirtschaft. Man ist daher stets auf der Suche nach neuen Wasservorräten, die das natürliche Reservoir vergrößern könnten. Wenn auch die Industrie als Hauptverbraucher ihr Abwasser zunehmend zur Wiederverwendung aufbereitet und somit den Verbrauch zu senken versucht, werden diese Ersparnisse durch den ständig weiter wachsenden Wasserbedarf weit überflügelt. Mit großer Aufmerksamkeit wird daher auch das amerikanische Experiment verfolgt, Meerwasser in großem Maßstab zu entsalzen und damit eines Tages auch das Meer unter die Trinkwasserspeicher rechnen zu können. Bis dahin wird es aber noch einige Zeit dauern, da zunächst die Aufbereitungskosten noch viel zu hoch sind.

Ein typisches Beispiel für die Vorsorge, die überall in der Bundesrepublik gegen eine neue Trockenheit getroffen wird, ist die Tatsache, daß während des ganzen Jahres 1960 der Brunnenbau nicht zum Stillstand kam. Während sonst nur in den Sommermonaten neue Wasseradern angebohrt wurden, ging die Suche und Erschließung neuer Quellen diesmal auch während der Herbst- und Wintermonate weiter. Dabei wurden die Bohrungen um rund ein Fünftel tiefer angelegt als sonst: man muß tiefer in das Erdreich eindringen, um den kostbaren Lebensstoff für Mensch und Tier zu erschließen. Besonders eifrig wurde diese Wassersuche im Bundesland Niedersachsen betrieben, das im Sommer 1959 am stärksten zu leiden hatte. Im übrigen Bundesgebiet wurden ungewöhnlich viele Rohrleitungen verlegt, weil die örtlichen Quellen 1959 versiegt hatten und daher Anschluß an die großen Speicher der Eifel, des Voralpengebietes und der Harzberge erreicht werden sollte.

### Sprunghafte Steigerung des Wasserverbrauchs

Der menschliche Bedarf an Wasser, aber auch der der Landwirtschaft, ist in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen. Verbesserte Viehhaltung, stärkere Nutzungen der Garten- und Ackerflächen sowie die anspruchsvollere menschliche Hygiene haben den Verbrauch gesteigert. Er ist trotzdem

geringfügig im Vergleich zu dem ständig größer werdenden "Wasseropfer", das die Industrie fordert.

Noch 1951 lag der Industrie-Jahresbedarf bei 4,4 Milliarden Kubikmetern. 1960 waren bereits annähernd acht Milliarden Kubikmeter daraus geworden. 1961 wird der Wasserverbrauch für industrielle Zwecke nach einer vorsichtigen Schätzung auf neun Milliarden Kubikmeter ansteigen. Das sogenannte "Brauchwasser", das nicht für den menschlichen Genuß bestimmt ist, gewinnt angesichts dieser größer werdenden Nachfrage immer mehr an Bedeutung. Es wird aus den Wasserstraßen entnommen. Im Laufe der nächsten zehn Jahre sollen vier Milliarden DM aufgewendet werden, um die Industrieabwässer zu reinigen und erneut in den Kreislauf der Produktion zu bringen. Aus Gründen der wirtschaftspolitischen Einsicht und der Kostenersparnis gehen viele Betriebe schon jetzt dazu über, ihren Wasserbedarf durch Änderung der Fabrikationsmethoden herabzusetzen.

Es muß mehr geschehen

Der Bund hat, um eine gerechte Regelung der Wasserversorgung herbeizuführen, 1960 das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts erlassen. Trotzdem muß in absehbarer Zeit mehr geschehen, um das Wasserangebot zu vergrößern und die Versorgung für einen langen Zeitraum sicherzustellen. Auch deutsche Ingenieure und Techniker sind wie ihre Kollegen in anderen Ländern damit befaßt, neue Quellen zu erschließen und weitere Wasservorräte zu suchen. Gibt es diese überhaupt noch?

Man verweist in Bonn in letzter Zeit auf das amerikanische Verfahren, Meerwasser für den Gebrauch von Mensch und Maschine heranzuziehen. In Freeport am Golf von Mexiko wurde ein Umschlagwerk in Betrieb genommen, in dem Meerwasser zum Kochen gebracht, Salz ausgeschieden und das übrigbleibende Kondenzwasser gesammelt wird. Die Erfahrungen mit dieser Anlage sind gut. Allerdings kostet der so gewonnene Liter Trinkwasser eine Mark. Das dürfte die praktische Nutzung in großen Mengen vorerst unmöglich machen. Aber die Ingenieure in Freeport vergleichen diese Form der Trinkwasserversorgung mit dem Strom aus den ersten Atomkraftwerken, der auch noch viel teurer ist, als er es in einigen Jahren sein wird.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel



30. Oktober 1961

## Die Sozialistische Internationale zur Berlin - und Deutschlandfrage

Die nachstehende EntschlieÙung wurde einstimmig auf dem römischen KongreÙ der Sozialistischen Internationale angenommen.

Der KongreÙ der Sozialistischen Internationale verurteilt die Errichtung der Mauer durch Berlin als einen Akt unmenschlicher Brutalität, der 17 Millionen Deutsche hermetisch abgeschlossen und sie nicht nur ihrer Freiheit, sondern auch ihrer Verbindung mit dem freien Deutschland und dem übrigen Teil der nichtkommunistischen Welt beraubt hat. Dieses Vorgehen verstößt gegen die Menschenrechte und ist ein Ausdruck der expansionistischen Politik der sowjetischen Regierung.

Die Parteien der Sozialistischen Internationale erklären ihre Solidarität mit der Bevölkerung Berlins und ihre unerschütterliche Entschlossenheit, die Erhaltung dieser Freiheit zu sichern. Die Teilung Deutschlands ist der Sache des Friedens nicht förderlich; ihr Fortbestand stellt in Tat und Wahrheit einen ständigen Gefahrenherd im Herzen Europas dar. Dem deutschen Volk kann das Recht auf seine nationale Einheit nicht vorenthalten werden; es kann und darf jedoch nicht durch Gewalt erzwungen werden.

Es genügt nicht, dem Druck und den Provokationen der Kommunisten entschlossen standzuhalten. Eine friedliche Lösung muß in Verhandlungen gefunden werden. Eine diplomatische Initiative des Westens ist erforderlich. Ein Abkommen muß den freien, von den vier Mächten garantierten und überwachten Zugang nach Westberlin zu Land, zu Wasser und in der Luft vorsehen. Den Vereinten Nationen könnten als zusätzliche Garantie dieser Freiheit Verantwortlichkeiten übertragen werden, und die Anwesenheit von Behörden der Vereinten Nationen in Berlin könnte der Stadt neues Leben und neue Hoffnung bringen.

Zum Abschluß eines Abkommens ist es notwendig, die Tatsache zu sehen, daß die Grenzen Deutschlands nicht durch Gewalt geändert werden können und daß die Einheit Deutschlands von einem Nachlassen der internationalen Spannung abhängt. In der Zwischenzeit müssen die Vorkehrungen für eine Zusammenarbeit in technischen Fragen zwischen und mit den Behörden im geteilten Deutschland im Interesse seiner Bewohner verbessert werden. Durch ein Abkommen über eine kontrollierte Abrüstung in Mitteleuropa, das auch das Verbot von Kernwaffen einschließen und das militärische Gleichgewicht nicht verändern würde, könnten die Spannungen vermindert und die Aussicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands verbessert werden.

Die Sozialistische Internationale bekräftigt erneut ihren unerschütterlichen Glauben an das unveräußerliche Recht jedes Volkes auf Selbstbestimmung. Es fordert die für die Lösung der Deutschlandfrage verantwortlichen Mächte und alle jene, die diese Frage mit tiefer Besorgnis verfolgen, dringend auf, als Grundlage ihrer praktischen Politik diesen Grundsatz anzuerkennen, der auch in der Charta der Vereinten Nationen anerkannt wird. Nur, wenn die Würde und die Freiheit des Menschen als ein Grundgesetz internationaler Politik anerkannt werden, können die Menschenrechte, die in Berlin verletzt worden sind, wiederhergestellt, die Spannungen in Europa vermindert und die Kriegsgefahr gesenkt werden.

+ + +